

Europa Monitor

Nr. 1 im 2023



Europäische Union

Neue Details in der Causa „Katargate“

Wer in diesen Tagen mit Parlamentariern oder EU-Angestellten spricht, spürt helles Entsetzen. Standardfrage, die sie zu hören bekommen: Liegen bei euch auch die Bargeldbündel rum? Alle Vorurteile gegen das System „Brüssel“ scheinen sich zu bestätigen. Eine Hand wäscht hier die andere, so sieht das nun aus.

„Katargate“ wird der Skandal rund um den Lobbyisten und früheren MEP Panzeri jetzt oft genannt, der mit dem Zugriff der Polizei am 9. Dezember in Brüssel bekannt wurde. Das Gesicht des Skandals ist die Griechin Eva Kaili, die als Vizepräsidentin des Europaparlaments auffällige Nähe zum Emirat zeigte und dessen Interessen vor der Fußball-WM offensiv vertrat - laut Ermittlern mutmaßlich gegen Bestechungsgeld, das Panzeri aus Katar besorgte. Der zweite Strang des Skandals führt nach Marokko, er ist älter und reicht möglicherweise tiefer in das Europaparlament hinein, weshalb „Marokko-Gate“ für die EU mindestens so schmerzlich ist wie die katarische Spur.

In Vernehmungen mit der Polizei legt Panzeri offenbar großen Wert darauf, dass er erst nach seinem Ausscheiden aus dem Parlament 2019 Geld aus Marokko und Katar erhalten habe. Laut der belgischen Zeitung Le Soir knüpfte die marokkanische EU-Botschaft schon 2011 ganz spezielle Kontakte zum Abgeordneten Panzeri. Offenbar bereitete man eine Reise Panzeris nach Marokko vor, und er sollte bei der Gelegenheit unbedingt das Flüchtlingslager Tindouf in der algerischen

Wüste besuchen. Eine besonders raffinierte Form der Imagepflege: Nach Tindouf fliehen Menschen aus der von Marokko annektierten, aber nach Unabhängigkeit strebenden Westsahara, und Panzeri sollte mit dem Besuch seine Neutralität in dem Konflikt dokumentieren - obwohl ihn das Königreich Marokko an seiner Seite wusste. Im Skandal um eine mutmaßliche Einflussnahme aus dem Golfemirat Katar auf politische Entscheidungen im Europaparlament hat der Lebensgefährte der abgesetzten Europaparlaments-Vizepräsidentin Eva Kaili ein Geständnis abgelegt. Der Italiener Francesco Giorgi hat vor den Ermittlern zugegeben, Schwarzgelder angenommen zu haben, berichtet die römische Tageszeitung „La Repubblica“.

Giorgi habe zugegeben, Teil einer Organisation



Francesco Giorgi / Photo: Instagram

gewesen zu sein, die von Marokko und Katar benutzt wurde, um sich in europäische Angelegenheiten einzumischen und diese zu beeinflussen. Seine Aufgabe war es, Bargeld zu verwalten. Belgischen Zeitungen zufolge hat Giorgi auch

angedeutet, dass er Andrea Cozzolino und Marc Tarabella, beide Abgeordnete der sozialdemokratischen Fraktion im EU-Parlament, verdächtigt, über den ehemaligen italienischen EU-Abgeordneten Antonio Panzeri Geld angenommen zu haben. Marokko soll über seinen externen Informationsdienst Dged in die mutmaßliche Bestechungsaffäre verwickelt sein. Aus den von der beiden Zeitung eingesehenen Dokumenten geht hervor, dass Panzeri, Cozzolino und Giorgi in Kontakt mit dem Dged und Abderrahim Atmoun, dem marokkanischen Botschafter in Polen, standen. Den Akten der Brüsseler Ermittler, die der Korruptionsaffäre im EU-Parlament nachgehen, liegen auch Aufnahmen aus der Eingangshalle eines Luxushotels der belgischen Hauptstadt bei. Man sieht zwei Männer, Antonio Panzeri sowie Francesco Giorgi.

Die Aufnahmen stammen von den Überwachungskameras des Steigenberger Wiltcher's, offenbar das liebste Haus katarischer Würdenträger auf Visite in Brüssel. Panzeri sieht man auf den Bildern mit einer Aktentasche, die nach Ansicht der Ermittler leer zu sein scheint, bei der Ankunft im Hotel. Giorgi trägt eine ärmellose Daunenjacke, es ist der 10. Oktober 2022, 17.30 Uhr, er schiebt einen Kinderwagen vor sich her. Im Wagen sitzt seine Tochter, die er mit Lebenspartnerin Eva Kaili hat, der mittlerweile abgesetzten griechischen Vizepräsidentin des EU-Parlaments. Die Tochter ist damals zwanzig Monate alt.

In denselben Minuten fahren drei schwarze Limousinen vor, alle mit diplomatischen Nummernschildern Katars. Ein Bediensteter hält eine dicke Aktentasche in der Hand, die Ermittler vermuten darin das Bargeld. Das Treffen findet in einer Suite im vierten Stock des Hotels statt, da logiert gerade der katarische Arbeitsminister, Ali bin Samikh al-Marri, und der ist besorgt um das Image seines Landes so kurz vor der WM. Die vielen Berichte über die Arbeitsbedingungen südasiatischer Wanderarbeiter auf den Baustellen des Emirats vermiesen die große PR-Aktion des Landes. Die zwei Italiener fahren hoch in den vierten Stock, Giorgi schiebt den Kinderwagen in den Aufzug. Eine halbe Stunde später sieht man ihn wieder in der Lobby: Er übergibt den Kinderwagen mit der Tochter einem Bekannten, der sie erwartet, und geht wieder hoch. Dann, nach einer weiteren Stunde, verlassen die Italiener

das Hotel, die Sitzung ist vorbei. Die Aktentasche Panzeris, so dünkt es die belgischen Ermittler, ist jetzt praller.

Frankreich

Urteile im Prozess um das Nizza-Attentat

Mit den Schlussworten der sieben Angeklagten ist Ende Dezember der Strafprozess in Paris zu dem mutmaßlichen Terroranschlag auf der Promenade des Anglais in Nizza am 14. Juli 2016 zu Ende gegangen. Gegen einen achten Angeklagten wurde in Abwesenheit verhandelt. Das Blutbad auf der Flaniermeile an der Côte d'Azur hatte Frankreich erschüttert.

Der jüngste der drei Hauptangeklagten, der 27 Jahre alte Ramzi Arefa, nutzte seinen letzten Auftritt vor den Richtern, um ohne Umschweife seine Schuld zu gestehen. „Ich habe es immer wieder gesagt, ich bin schuldig, eine Waffe verkauft zu haben, ohne darüber nachgedacht zu haben“, sagte er. Dem Franko-Tunesier wird vorgeworfen, die Tatwaffe für Mohamed Lahouaiej-Bouhlel besorgt zu haben. Der aus Tunesien stammende Attentäter Lahouaiej-Bouhlel war am Abend des Nationalfeiertags mit einem Lastwagen über die Flaniermeile gerast und hatte 86 Menschen in den Tod gerissen und 400 weitere verletzt. Als ihn Passanten an der Weiterfahrt hindern wollten, griff er zur Waffe. Lahouaiej-Bouhlel wurde schließlich bei einem Schusswechsel mit der Polizei getötet.



Die Terror-Nacht in Nizza / Photo: Sasha Goldsmith

Die anderen vier Angeklagten, die alle die albanische Staatsangehörigkeit besitzen, entschuldigten sich bei den Opfern. „Es tut mir sehr leid“, sagte der 44 Jahre alte Aran Henaj laut der Übersetzung seines Dolmetschers. Henaj hatte die automatische Pistole Ramzi Arefa verkauft, mit der La-

houaiej-Bouhleh am 14. Juli auf Sicherheitskräfte und Passanten zielte. Henajs frühere Ehefrau, die 48 Jahre alte Enkeledja Zace, gelobte Besserung. „Dieser Prozess war sehr hart, für alle, vor allem für die Nebenkläger“, sagte sie. Sie wolle fortan „den rechten Weg einschlagen“. „Es tut mir sehr leid für die Opfer und die Familien der Nebenkläger“, sagte Endri Elezi, der in das Waffengeschäft verwickelt war. „Ich habe Vertrauen in eure Justiz. Mein Schicksal liegt in euren Händen.“ Maksim Celaj wünschte den Nebenklägern „Glück“ und bat das Gericht um „Vergebung für seine Fehler“.

Applaus ertönte im Gerichtssaal, als der Vorsitzende Richter 18 Jahre Haft für einen der Angeklagten verkündete. Das Gericht verurteilte ihn wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, ebenso einen weiteren der acht als Handlanger und Unterstützer geltenden Angeklagten. Beide hätten den Attentäter moralisch und materiell unterstützt und inspiriert. Die beiden zu 18 Jahren Haft verurteilten Angeklagten wussten laut Staatsanwaltschaft um die Gesinnung des Mannes und dass er in der Lage sei, einen Anschlag zu begehen. Auch sollen sie in die Suche nach einer Waffe eingebunden gewesen sein.

Das Gericht verhängte zudem zwölf Jahre Haft für den Mann, der dem Attentäter die Schusswaffe besorgt hatte, die dieser beim Anschlag benutzte. Die weiteren fünf Beschuldigten in dem Prozess, die laut Urteil ebenfalls in die Beschaffung der Pistole oder einer weiteren Waffe involviert waren, sollen zwischen zwei und acht Jahre in Haft. Die Angeklagten können noch Berufung gegen die Entscheidung des Gerichts einlegen. Dass die Staatsanwaltschaft behördliche Fehler eingestand und sich für diese entschuldigte, dürfte die Erwartungen vieler Überlebender und Hinterbliebener übertroffen haben. Das Urteil markiert für sie nun einen wichtigen Schritt. Dennoch hoffen zahlreiche Opfer, dass die juristische Aufarbeitung damit nicht vorbei ist. Denn die Frage nach den Sicherheitsvorkehrungen in Nizza wurde in dem Pariser Verfahren nur am Rande behandelt. Untersuchungen dazu laufen in der Mittelmeerstadt noch, zahlreiche Opfer hoffen auf einen zweiten Prozess.

Deutschland

Demokratiefördergesetz der deutschen Regierung fördert dubiose Islam-Vereinigungen

Unter dem Titel „Demokratiefördergesetz“ wird die Bundesregierung Projekte gegen Extremismus und zur politischen Bildung und Erziehung in Hunderten Städten und Gemeinden stärker unterstützen. Einen entsprechenden Gesetzentwurf hat das Bundeskabinett Anfang des Monats beschlossen.



Ministerin Faeser (li.) und Paus bei der Vorstellung des Gesetzes / Photo: Janine Schmitz/photothek.de

Die beiden verantwortlichen Ministerinnen Nancy Faeser (SPD, Inneres) und Lisa Paus (Grüne, Familie) leiteten ihre Präsentation des Gesetzesvorhabens vor der Bundespressekonferenz mit langen Ausführungen zu der großen „Reichsbürger“-Razzia und zu fremdenfeindlichen Morden der vergangenen Jahrzehnte ein. Diese Bedrohungen erforderten nicht nur ein Vorgehen der Sicherheitsbehörden, sondern auch eine „engagierte Zivilgesellschaft“, sagte Paus. Mit dem Gesetz würden jene gestärkt, die sich „Tätern entgegenstellen und Vielfalt fördern“.

Vor allem gehe es um eine dauerhafte Finanzierung der aktuell rund 600 Projekte und Organisationen, die von ihrem Familienministerium mit dem Programm „Demokratie leben“ gefördert werden, sowie um einige Dutzend weitere Projekte unter der Hoheit der Ministerien für Soziales und für Inneres.

Faeser ergänzte: „Heute ist ein guter Tag für die Demokratie, lange Zeit lebten wir im Glauben, dass Demokratie selbstverständlich ist.“ Dieses Jahr zeige aber, dass die Demokratie aktiv vor Verfassungsfeinden geschützt werden müsse. „Unser Staat hat Feinde. Diese Staatsfeinde woll-

ten unseren Staat mit Waffengewalt ins Wanken bringen.“

Von der „Demokratieförderung“ profitiert unter anderem die islamische Initiative Claim als eine der Trägerorganisationen des „Kompetenznetzwerks Islam- und Muslimfeindlichkeit“, das 2022 mehr als 555.000 Euro aus dem „Demokratie leben“-Etat erhält. Dabei geht es etwa um den Aufbau von Meldestellen für Islamfeindlichkeit und die Dokumentation entsprechender Vorgänge. Die von Claim laut eigener Homepage verwendete Definition dafür, welche Handlungen und Einstellungen als muslimfeindlich eingestuft werden, hat der Politikwissenschaftler Farid Hafez erarbeitet. Demnach fällt etwa das Verbot des

islamischen Schleiers in einigen Berufen unter „antimuslimischen Rassismus“, obwohl das Kopfbedeckungsverbot für alle in diesen Sparten Beschäftigten gilt.

Der Islam-Experten halten Hafez für einen Akteur des politischen Islams. Auch ist bekannt, dass Hafez' Arbeit von der türkischen SETA-Stiftung finanziert wird, die der AKP und Präsident Erdogan zugerechnet wird. Die EU strich demnach die Förderung der von Hafez herausgegebenen Europäischen Islamophobie-Reports, nachdem bekannt geworden war, dass sie von der eng mit der türkischen Regierung verbundenen SETA mitfinanziert werden.

